



GRÜNE Schweiz

Urs Scheuss
Waisenhausplatz 21
3011 Bern

urs.scheuss@gruene.ch
031 326 66 04

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit
und Veterinärwesen BLV
3003 Bern

per Mail an: lmr@blv.admin.ch

Bern, 22. Januar 2024

**Parlamentarische Initiative. Flugtransporte bei Lebensmitteln deklarieren;
Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben die GRÜNEN für eine Stellungnahme zur Parlamentarischen Initiative 22.424 Christine Badertscher «Flugtransporte bei Lebensmitteln deklarieren» eingeladen.¹ Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, uns zur Vorlage zu äussern.

Die GRÜNEN begrüssen die Änderung des Lebensmittelgesetzes, womit die Transportart, insbesondere Flugtransporte, bei der Deklaration von Lebensmitteln ergänzt wird. Dies ist auch ein wichtiges Anliegen der Fair-Food-Initiative der GRÜNEN für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel: Nachhaltige und transparente Lieferketten erlauben es den Konsument*innen, einen bewussteren Kaufentscheid zu treffen und somit das Ernährungssystem nachhaltiger zu gestalten. Die vorgeschlagene Regelung ist zudem mit den handelsrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz vereinbar. Aus Sicht der GRÜNEN braucht es weitere Massnahmen wie etwa die Ausweitung der Transportdeklaration auf alle Konsumprodukte oder die Deklaration des vollständigen ökologischen Fussabdrucks.

Die nachhaltige Umstellung unserer Lebensmittelproduktion und Ernährung leistet einen entscheidenden Beitrag, rasche Antworten auf die globale Klimakrise und auf die Bedrohung der Biodiversität und der natürlichen Ressourcen zu finden. Flugtransporte sind eine jener Praktiken, die einen unverhältnismässig grossen ökologischen Fussabdruck generieren und weitgehend unnötig sind. Eine erhöhte Transparenz über die Transportwege hilft Konsument*innen dabei, ihre Lebensmitteleinkäufe nachhaltiger zu gestalten.

Mit der Förderung von nachhaltigen und transparenten Lieferketten wird eine Verbesserung erreicht, ohne die Entscheidungsfreiheit der Konsument*innen einzuschränken. Befürchtungen, die Deklarationsvorschrift könnte mit dem WTO-Recht kollidieren, sind mehrfach unbegründet, denn kein Land wird durch die Deklaration diskriminiert, weil alle Herkunftsländer gleichbehandelt werden. Es wird auch keine Transportart verboten, sondern lediglich transparent gemacht, was im Einklang mit der Wirtschaftsfreiheit und dem fairen Wettbewerb ist. Nicht zuletzt existieren bereits vergleichbare Deklarationspflichten, die ebenfalls keine WTO-rechtlichen Konflikte auslösten (Eier, Kaninchenfleisch, Holz, etc.).

¹ <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20220424>

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen und die Anpassung der Vorlage. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Balthasar Glättli
Präsident



Urs Scheuss
stv. Generalsekretär